

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserzuschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperprerss.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 493 V

30. Mai 2013

38. Jahrgang

Das Logistikzentrum in Großbeeren ist für die Grünen das größere Problem

Nachdem es dem Investor in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses Tempelhof-Schöneberg nicht möglich war, seine Planungen, die er für das Koloniegelände in der Sântisstraße hat, vorzustellen, traf sich der Stadtentwicklungsausschuss zu einer Sondersitzung. Der Eigentümer, vertreten durch den Geschäftsführer Fielitz, stellte genau das vor, was er schon in der Einwohnerversammlung an Planungen bekannt gab: Wohnen für Demenzkranke, eine Apotheke, ein Kindergarten und natürlich Logistik. Nur der im April vorgestellte Plan zur Geothermiebohrung fehlte.

Mehrere Bezirksverordnete unternahmen durch wiederholtes Fragen den Versuch herauszubekommen, um was für eine Logistik es sich handelt. Logistik wertvoller Kunstgegenstände, wie z.B. Bilder oder auch teure Industriegegenstände sollen dort vorübergehend gelagert werden, Verwahrlogistik sei der Fachbegriff dafür, führte der Investor aus. Dafür gebe es eine riesige Nachfrage, so der Investor. Auch Sicherheitslogistik soll künftig in der Sântisstraße erfolgen, ohne dass der Geschäftsführer diese näher erklären konnte oder wollte. Dafür werden täglich 32 LKW-Bewegungen, die über die Schwechtenstraße zum geplanten Logistikzentrum erfolgen sollen und weitere 22 in PKW notwendig sein. Somit hält sich aus Sicht des Investors dieverkehrliche Belastung für das Gebiet in Grenzen. Um das zu belegen, hat der Investor am 19. Mai 2013 ein Umwelt- und Verkehrsgutachten beim Bezirksamt eingereicht. Bezirksstadträtin Klotz (Grüne) bestätigte den Eingang des Gutachtens und führte aus, dass das Gutachten derzeit geprüft wird. Den Bezirksverordneten lag dieses Gutachten in der Ausschusssitzung noch nicht vor.

Die Debatte um das Thema Logistik wurde geprägt durch den Bezirksverordneten Ralf Kühne (Grüne). In mehreren Wortbeiträgen zeigte Kühne Verständnis für das Logistikzentrum in der Sântisstraße. Aus Sicht Kühnes ist das viel größere Problem das Güterverteilzentrum in Großbeeren, weil von dort viele kleine LKW nach Berlin reinfahren und dadurch der Verkehr deutlich erhöht wird. Ein Logistikzentrum der Größenordnung, wie es in der Sântisstraße geplant ist, ist für Herrn Kühne offenbar kein Problem. Der Investor bedankte sich herzlich für die „Steilvorlage“ und nahm gerne Bezug auf die Ausführungen von Kühne. Verwundert rieben sich die rund 50 anwesenden Bürgerinnen und Bürger die Augen und einige fragten sich, ob es stimmt, dass Kühne ein Grüner ist.

Deutlich kritischer waren die Fragen aus der SPD und CDU-Fraktion. Auf die mehrfachen Nachfragen, wie viel Verkehr denn nun wirklich entsteht, wie die Logistik abläuft und welche Waren denn transportiert werden, erhielten sie nur sehr unbefriedigende Antworten. Auch die Nachfragen zu der zeitlichen Realisierung der anderen Vorhaben, wie z.B. das Wohnen für Demenzkranke, konnte Fielitz nicht ausreichend beantworten, sie sind derzeit in Planung.

Mit Spannung verfolgten die Zuhörer die Ausführungen von Klotz zu dem Rechtsgutachten, das der Verein Grüner Sântispark e.V. in Auftrag gegeben hatte, das zu dem Ergebnis kommt, dass die Bauvorbescheide rechtswidrig sind, da das Grundstück der Bahnnutzung diene. Klotz teilte mit, dass das Gutachten erst am Mittwoch im Bezirksamt eingegangen ist und es noch nicht geprüft werden konnte. Das Gutachten soll aber durch das Rechtsamt des Bezirksamtes, das Eisenbahnbundesamt und durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf neue Erkenntnisse geprüft werden. Sollten sich allerdings wirklich neue Erkenntnisse ergeben, müsse geprüft werden, was das für Auswirkungen hat.

Diese Aussage ist allerdings nicht neu, denn sowohl in den zurückliegenden Bezirksverordnetenversammlungen wie auch in der Einwohnerversammlung hat Stadtentwicklungsdezernentin Klotz immer wieder betont, die Angelegenheit zu überprüfen, wenn neue Erkenntnisse vorliegen. In der Folge legten die Kleingärtner weitere Gleise und Weichen auf dem Gelände der Kleingartenkolonie frei. Das führte allerdings nicht dazu, dass das Bezirksamt eine Überprüfung des Vorgangs vorgenommen hat.

Die von Klotz angekündigte Überprüfung des Gutachtens durch das Rechtsamt erscheint, vor dem Hintergrund der Stellungnahme des Rechtsamtes vom Dezember 2012, vorhersehbar. In der Stellungnahme führte das Rechtsamt u.a. aus: „Ein Antrag (Freistellungsantrag von der Bahnnutzung; Hinweis der Redaktion) nach § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz kommt nicht in Betracht und weitere Handlungsoptionen gibt es nicht“.

Wir dürfen gespannt sein, wie die Stellungnahme des Rechtsamtes zu dem Gutachten aussieht. Bemerkenswert war auch, dass der Einwohnerantrag, der von rund 3.000 Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben wurde, im gesamten Verlauf der Sitzung weder erwähnt noch diskutiert wurde.

Aber vielleicht spielt das ja alles bald keine Rolle mehr. Stadträtin Klotz führte im weiteren Verlauf der Sitzung aus, dass sie an gesetzliche Fristen gebunden ist wonach sie bei Vorliegen eines kompletten Bauantrages über diesen innerhalb von vier Wochen zu entscheiden hat. Da der Bauantrag durch die Vorlage des Umwelt- und Verkehrsgutachten seit dem 19. Mai vollständig ist, läuft also die Frist.

Das heißt, dass möglicherweise in drei Wochen der Eigentümer im Besitz einer Baugenehmigung sein könnte. Dann werden sich wohl bald etliche Kleingärten in der Verwahrlogistik des Investors befinden.

Auch in den nächsten drei Wochen kämpft die Süd-Allianz also alleine. Hilfe durch den Bezirk ist nicht in Sicht und von den Grünen erst recht nicht.